

OSTERMARSCH MÜNCHEN 2015

**Gemeinsame
Sicherheit statt
Konfrontation!**



*Ohne Gerechtigkeit
gibt es keinen Frieden*

Sa, 4. April, 11 Uhr

Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Ecke Brienerstraße

**10 Uhr Ökumenischer Gottesdienst in der St. Markus-Kirche, Gabelsbergerstraße 6
13 Uhr Kundgebung am Sendlinger-Tor-Platz mit Liedermacher Christoph Weiherer
Es spricht: Clemens Ronnefeldt, Internationaler Versöhnungsbund. Infomarkt bis 15 Uhr**



Münchner Friedensbündnis
www.muenchner-friedensbuendnis.de

mit freundlicher
Unterstützung des
Kulturreferats der
Landeshauptstadt München



OSTERMARSCH-AUFRUF MÜNCHEN 2015

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation! *Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden*

Die Zuspitzung in der Ukraine hält uns in Atem. Tausende Tote – wofür? Das Verhandlungsergebnis vom Februar in Minsk bleibt die wichtigste Chance für eine vernünftige Entwicklung – es muss alles dafür getan werden, den Waffenstillstand trotz aller Rückschläge zu stabilisieren und die weiteren Maßnahmen voranzubringen. Ein Scheitern mit einer Ausweitung des Krieges an der Nahtstelle von Atommächten brächte das Risiko eines nuklearen Infernos.

Im vergangenen Jahr erlebten wir mit Schuldzuschreibungen, Sanktionen und Dämonisierungen immer neue Verschärfungen im Stil des Kalten Krieges. Wir erinnern uns – von Anfang an war Konfrontation eingeplant: Das zeigen die Milliarden, die von US-Konzernen oder auch aus EU-Kreisen als bewusste ausländische Einmischung in die Ukraine geflossen sind. Letztlich wurde ein Putsch organisiert unter Mithilfe gewalttätiger Gruppen einschließlich Faschisten. Die Menschen in der Ukraine werden nicht gefragt, sondern zynisch gegeneinander ausgespielt. Präsident Obama selbst räumte in einem Interview ein, dass der Westen diese Entwicklung steuerte (CNN 1.2.2015). Die neue Regierung in der Ukraine ging zusammen mit den Milizen der Oligarchen militärisch gegen abtrünnige Landesteile vor. Außerdem wird versucht, in der Debatte um den Status der Krim den wiederholten eigenen skrupellosen Umgang der NATO-Staaten mit dem Völkerrecht zu verdrängen.

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

Diesen Titel trägt ein Appell, mit dem sich am 5. Dezember 2014 über 60 Prominente an die Öffentlichkeit wandten. Zitat: „*Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.*“

Bemerkenswert: Dieser Appell, der eigentlich sehr angemessen auf die bedrohliche Situation einging, wurde sehr schnell in großen Teilen der Medien (einschließlich der „ZEIT“, in der er zuerst online erschien) im Einklang mit der Bundesregierung heftig angegriffen.

Hier zur Erinnerung: **Die konstruktive Zusammenarbeit mit Russland lohnt sich, das hat die erfolgreiche Beseitigung der syrischen Chemiewaffen gezeigt.**

Wir setzen auf die Öffentlichkeit – **Umfragen in Deutschland zeigen: Die Bevölkerung lehnt Militäreinsätze ab – diese Einstellung will die Bundesregierung ändern!**

Regelmäßig zeigen Umfragen, dass eine Mehrheit der Befragten Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Ähnliches gilt zur gegenwärtigen Konfrontation mit Russland. Trotz der gleichgerichteten Stoßrichtung weiter Bereiche von Funk und Presse nimmt die Ablehnung der Eskalationspolitik eher zu.

Statt sich über die Friedensliebe der Bevölkerung nach den beiden Weltkriegen zu freuen, betrachtet die Bundesregierung es als Herausforderung, genau diese Einstellung für mehr Militäreinsätze umzupolen.

Die ganze Regierungspolitik wird auf dieses Ziel ausgerichtet. Die Öffentlichkeit soll eine „gewachsene Verantwortung“ im Sinne von Mili-

täreinsätzen akzeptieren, die Militärskepsis der Mehrheit der deutschen Bevölkerung soll überwunden werden.

Der Etat für Bundeswehrwerbung wird laufend erhöht. Regierung, Reservistenverbände, Arbeitsämter, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen werden kampagnenartig organisiert, um doch noch Zustimmung für die aggressive Außenpolitik zu finden. Laut wird für mehr Rüstungsausgaben getrommelt.

Wer Ziele verfolgt, die nicht ohne Krieg zu haben sind, betreibt Kriegspolitik.

Deutschland, der EU und den NATO-Staaten geht es darum, eine Weltordnung abzusichern, in der sich bei Wenigen immenser Reichtum anhäuft, während Millionen Menschen dafür in Armut leben und sogar verhungern.

Die Kriege der letzten Jahrzehnte zeigen, dass genau die von NATO und Bundesregierung verfolgten Ziele das „Problem“ sind: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien, aber auch Palästina und die Afrika-Politik insgesamt belegen das. Dazu kommen die Rüstungsexporte sowie die ungerührte Zusammenarbeit mit despotischen Öl-Dynastien oder ähnlichen Regimen, die unwidersprochene Folterpraxis bis hin zu unzähligen Drohnenmorden, an denen Deutschland über die *Ramstein Airbase* systematisch beteiligt ist.

Solche und weitere Beispiele zeigen die Scheinheiligkeit, wenn im Stil der „westlichen Wertegemeinschaft“ über Menschenrechte gesprochen wird wie jüngst wieder bei der offiziellen Einladung zum G7-Gipfel. Diese Politik muss in betroffenen Ländern Zorn und Empörung hervorrufen – so ist Widerstand bis hin zu mehr Terror selbst verschuldet!

Die Politik der „Freihandelsverträge“ hat das gleiche Ziel – TTIP und ähnliche Diktatverträge, von US-Seite bereits als „Wirtschafts-NATO“ bezeichnet, sollen die Macht von Konzernen gegenüber den Regierungen so ausweiten, dass von Demokratie kaum noch etwas übrig bleibt. Sowohl bei Umweltstandards als auch in der Sozialpolitik werden Parlamente und Öffentlichkeit ausgehebelt.

Menschen werden gegeneinander ausgespielt . . . Flüchtlinge und Arme untereinander, die Vermögenden werden geschont. Das ist die Politik der Regierungsparteien. Das Ergebnis: Der wachsende Unmut stärkt die populistische Rechte. Auch das ist friedensfeindliche Politik!

Gerechtigkeit, Frieden und Verständigung

Unser Ziel ist eine Welt, in der globale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Völker und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen die Maßstäbe sind.

Wir setzen auf allgemeine und vollständige Abrüstung.

Wir sehen uns verbunden mit Gruppen aus dem Sozial- und Umweltbereich, der EineWelt-Bewegung und der Globalisierungskritik.

Deshalb gehen wir auf die Straße.

Kommt zum Ostermarsch in München am Samstag, den 4. April

UNTERSTÜTZERLISTE

(bis 10.03.2015) – Weitere Unterstützungen sind sehr erwünscht, sie werden online ergänzt: www.muenchner-friedensbueundnis.de

Inge Ammon, Sozialforum Amper • Dr. Dorle und Gerd Baumann • Erika Bräunling • Richard Forward, Kristina Opp-Forward • Hans-Georg Frieser, Sprecher gewerkschafts- und kulturpolitischer AK Heinz Huber der ver.di Senioren • Inga Glanzer • Martin Gruber, Berufsschullehrer i.P. • Dr. Hartwig Latocha, Kaufmann • Regina Lindermayr • Reinhard Lisowski • Emmi Menzel, Münchner Friedensbündnis • Helmut Menzel, Ver.di Senioren • Karin Nebauer • Klaus Ried • Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern • Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes • Linda Schneider • Mechthild Schreiber • Erhard Seiler • Ursula Uhrig • Veronika Wild, Dipl.Soz.Päd. • Günter Wimmer, Soz.Päd.i.R. • Frank Winkler, Bikeforpeace-and-new-energies e.V. •

Attac München • DIDF-Föderation demokratischer Arbeitervereine, München • DIE LINKE. im Stadtrat München • Friedensinitiative Bad Tölz - Wolfstathausen • DKP München • GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband München • Interkulturelles Forum e.V. • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Münchner Flüchtlingsrat • Nord Süd Forum München e.V. • OCCUPEACE München • Seniorinnen und Senioren des ver.di Bezirk München • Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – SDAJ München

Trägerkreis **Münchner Friedensbündnis**

Konto: Friedensbüro e.V.
IBAN: **DE66 700 100 800 041 039 801**
BIC: **PBNKDEFF**

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFV) • Friedensinitiative Christen in der Region München • Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW e.V. • Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) • Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) • Mütter gegen Atomkraft München e.V. • Munich American Peace Committee (MAPC) • Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München • Pax Christi München • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund d. Antifaschistinnen u. Antifaschisten, München • Welt ohne Kriege e.V.

Unterzeichnen Sie bitte den Aufruf! Ihre Unterstützungs-Erklärungen senden Sie bitte per Fax an **089 - 2715917**, per Email an friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de oder per Online-Formular: www.muenchner-friedensbuendnis.de/Aufruf-Ostermarsch-unterzeichnen. Weitere Informationen und Quellen zum Aufruf stehen ausführlicher auf der Webseite www.muenchner-friedensbuendnis.de/Ostermarsch-Muenchen-2015

DAS PROGRAMM AM 4. APRIL IN MÜNCHEN

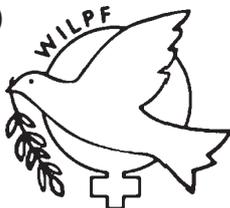
- 10 Uhr Ökumenischer Gottesdienst**
St. Markus, Gabelsbergerstraße 6
- 11 Uhr Auftaktkundgebung** am Platz der Opfer des Nationalsozialismus / Ecke Brienerstraße
mit **Monika Steinhauser**, Münchner Flüchtlingsrat
Musik: **Erwin Jedamus**, Moderation: **Erhard Seiler**
- anschl. Demonstration** mit Samba Sole Luna und der senegalesischen Trommelgruppe DIAPPO
- 13 Uhr Schlusskundgebung** am Sendlinger-Tor-Platz
Es spricht: **Clemens Ronnefeldt**, Int. Versöhnungsbund
Grußwort der LH München: **Stadträtin Brigitte Wolf**
Musik: **Christoph Weiherer**, Liedermacher
Bühnensketch „Marktkonform“, **Hedda Sachs**
Moderation: **Doro Weniger**, GEW Stadtverband Mchn.
Infomarkt und weitere Kulturbeiträge bis ca. 15 Uhr



Voraussichtliche Demo-Route 2015

100 JAHRE INTERNATIONALE FRAUENLIGA

FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT (IFFF)



Über 1.000 Frauen gründeten 1915 auf dem ersten internationalen Frauen-Friedenskongress die *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit* – engl. *Women's International League for Peace and Freedom (WILPF)*, während ringsum der Erste Weltkrieg tobte.

Sie traten ein für Völkerverständigung und internationale Konventionen zur Förderung

des Friedens. Ihre Kernforderungen sind heute aktueller denn je: Frieden braucht Ihre Unterstützung – Frieden braucht Ihre Solidarität!

Nun feiert die IFFF ihren 100. Geburtstag mit Veranstaltungen in München – das gesamte Programm ist zu finden im Flyer oder online: www.wilpf.de

PALÄSTINA-ISRAEL

Dieser Konflikt wird im Schatten anderer Konflikte allzu oft verdrängt, obwohl er ein Schlüsselkonflikt für die Situation und Entwicklung in Nahost ist, einschließlich Ägypten.

Israel wird von USA und NATO als strategischer Partner in der Region massiv finanziell und politisch unterstützt. An die Militäraktionen im besetzten Gazastreifen und dessen Blockade sowie die brutale Besetzung des Westjordanlands soll auch beim Ostermarsch erinnert werden.

Mittlerweile zeigt die Entwicklung unübersehbar, dass Israel nach einer Einverleibung großer Teile der palästinensischen Gebiete trachtet. Bei allen sogenannten Friedensgesprächen wurde vor allem auf Hinhalten gesetzt, während weiter ungebremst israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet errichtet wurden.

Dramatische Gewalt und Schikanen sowohl durch die israelische Armee als auch durch die israelischen Siedler sind fast täglich zu beobachten. Auch gewaltfreier Widerstand wird niedergeschlagen und schwer bestraft.

Die willkürliche Blockade Gazas unter Beteiligung Ägyptens schürt die Spannungen. Wiederholte Angriffe haben große Teile des Gazastreifens unbewohnbar gemacht. Der Wiederaufbau ist durch einschränkende Auflagen nahezu unmöglich, obwohl die Finanzierung eigentlich dafür zugesichert wäre.

Die Zahl der palästinensischen Gefangenen ist im Laufe des letzten Jahres auf ca. 5500 angestiegen, darunter etwa 450 sogenannte Administrativhäftlinge, d.h. Häftlinge ohne Anklage und Prozess, die oft jahrelang festgehalten werden. Ungefähr 150 der Gefangenen sind Kinder, die vor Militärgerichte gestellt werden.

Israel ist offensichtlich bestrebt, die Palästinenser auf etwa 10% ihres ursprünglichen Territoriums in mehreren kleinen Enklaven völlig vom benachbarten Ausland zu isolieren, wobei die Bevölkerung überhaupt nur mit ausländischer Hilfe weiter existieren kann – keine taugliche Perspektive.

Deutschland ist mit seiner bedingungslosen Unterstützung der israelischen Politik Teil des Problems. Es ermuntert mit der Lieferung z.B. von hochsubventionierten atomwaffenfähigen U-Booten und Kriegskorvetten in dieses Spannungsgebiet zu einer Fortführung dieser Politik.

Frieden in der Region wird es nur mit einem gerechten Frieden mit den Palästinensern geben.



OSTERMARSCH MÜNCHEN 2015

GRIECHENLAND

Griechenland erlebt eine dramatische Situation und steht im Zentrum heftigster Angriffe der EU-Eliten. Diese hatten mit ihren Beamten quasi von außen die Regierung übernommen und das Land immer mehr ins Elend gesteuert. Eine vernünftige Perspektive war schon lange nicht mehr erkennbar, ein Politikwechsel überfällig.

Athen spart – auch für deutsche Waffen

Dass Griechenland ein guter Kunde von deutschen Rüstungsfirmen war, ist mittlerweile bekannt. Noch Ende 2012 wurden 170 Panzer „Leopard 2“ im Wert von 1,7 Milliarden Euro von KMW geliefert. Für diesen und andere Aufträge flossen Schmiergelder in Millionenhöhe an hochrangige griechische Politiker und Beamte.

Im Jahr 2010 forderte der damalige Bundesaußenminister Westerwelle von Athen „ein Bekenntnis zum Eurofighter“ und untersagte somit der griechischen Regierung einen Ausstieg aus dem Waffendeal mit dem Rüstungskonzern EADS (heute Airbus).

Im gleichen Jahr – in dem u.a. die griechischen Sozialausgaben erheblich gekürzt wurden – setzten Frankreich und Deutschland die griechische Regierung unter Druck, den Verteidigungshaushalt nicht zu reduzieren!

Ein „Schuldenschnitt“ wäre nicht ohne Beispiel. Bei der so genannten Londoner Konferenz 1952/53 erließen die damaligen westlichen Siegermächte Deutschland etwa die Hälfte ihrer Schulden aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Darunter war auch Griechenland. Die Restzahlungen an Griechenland stehen als einzige noch aus: Nach einer Berechnung von Daniel Cohn-Bendit hätten die gesamten deutschen Schulden an Griechenland einschließlich der Zinsen im Jahr 2012 mehr als 80 Milliarden Euro betragen.

Es gibt nicht den geringsten Grund für selbstgerechte deutsche Machtarroganz gegenüber Griechenland. Ein Politikwechsel, wie er jetzt in Griechenland versucht wird, kann ein entscheidender Schritt sein auch für eine friedlichere Zukunft und verdient unsere energische Unterstützung.

nach *junge Welt* und *derStandard.at*, mehr siehe Webseite

OSTERMARSCH DRAUSSEN AM OSTERMONTAG, 6. APRIL 2015

Alle aktuellen Informationen zur diesjährigen traditionellen Friedens-Wanderung erhalten Sie unter **089 - 18 12 39** oder unter: www.bifa-muenchen.de/Ostermarsch-Draussen



Veranstaltet von der **BIFA**, der **Münchener Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung**



Münchener
Stop-TTIP-Demo
18. April 2015
14³⁰ Stachus - Odeonsplatz
www.stop-ttip-muenchen.de



AKTIONSWOCHE: 3. - 8. JUNI 2015
Gipfel der Alternativen: 3./4. Juni 2015 in München
Großdemo: 6. Juni 2015 in Garmisch-Partenkirchen
Camps und Aktionen: Sternmarsch nach Elmau 7. Juni 2015
Aktuelle Informationen unter: www.stop-g7-elmau.info